

Wenn wir uns an alle Vorschriften halten würden wie eigentlich nötig, dann könnten wir eine gute und sichere Pflege bewerkstelligen. Aber mit dem Pflegeschlüssel den es zurzeit in Deutschland gibt, ist das nicht der Fall. PatientInnen werden noch kränker oder sterben und das Schreckliche ist, wir alle wissen das und können scheinbar nur individuell dagegen arbeiten. **Gibt es Unzufriedenheit und haben die KollegInnen den Wunsch sich zu wehren?**

Wir schreiben Arbeitsüberlastungen, wir melden es unseren Vorgesetzten und es werden ständig Studien herausgebracht die beweisen, dass es nicht gut läuft. Wenn man mit den KollegInnen spricht, wird der Wunsch nach Veränderung sehr deutlich. Nur stehen wir vor dem Problem, dass wenn wir aufhören würden zu arbeiten, kranke Menschen leiden. Das hält viele davon ab sich wirklich mit Arbeitskämpfen zu wehren.

Gibt es Vertrauen, dass die Politik es ändert oder ist man bereit selbst aktiv zu werden?

Ich glaube nicht, dass irgendeine Pflegekraft denkt, dass die Politik etwas ändern wird. Wenn man über den Pflegemangel spricht, hört man von den älteren KollegInnen nur, dass auch schon vor 30 Jahren so gesprochen wurde. Es werden Gesetze und Beschlüsse von Menschen gemacht, die noch nie in einem Krankenhaus gearbeitet haben und wenn, direkt in Führungspositionen waren. Es wird geredet und bedauert, aber es wird nichts geändert. Es wird sogar schlimmer.

Der Wunsch etwas zu tun ist auf jeden Fall da.

Aber bei den Spät-Früh-Wechseln und dem ganzen Stress, ist die Motivation niedrig.

Wie denkst du muss man vorgehen?

Es ist wichtig, dass wir anfangen müssen davon zu reden, dass ein Pflegemangel immer auch eine Gefahr für die PatientInnen ist. PflegerInnen und PatientInnen werden beide profitieren, wenn sich die Situation ändern wird. Es gibt mehr als 1 Millionen PflegerInnen in Deutschland und fast jeder, der mehr als 80 Millionen Menschen in Deutschland wird früher oder später mal ein Krankenhaus von innen sehen, ob als PatientInnen oder Angehörige. Die Pflege muss die Arbeit niederlegen, sie muss ihre Forderungen durch Streiks und betriebliche Kämpfe erwirken. PflegerInnen und PatientInnen müssen zusammen kämpfen. Es wird Zeit, dass wir ein Gesundheitssystem errichten in dem der Mensch wieder im Mittelpunkt steht und nicht wie viel Geld man aus den PatientInnen quetschen kann.

PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOnline
t.me/perspektiveonline
instagram.com/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Frankfurter Str. 18
51065 Köln

PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 75803785 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Foto 1: pixnio.com - Public Domain (CC0)

Foto 2: „Alle für Kalle! Zwangsräumung verhinde“ by strassenstriche.net (<https://www.flickr.com/photos/strassenstriche/12654696404/>), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Foto 3: pixabay.com - Public Domain (CC0)

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 13 | April 2018

www.perspektive-online.net

Das Geschäft mit unserem Wohnraum

– von Thomas Stark –

Hohe Mieten bringen Millionen Haushalte in Deutschland an die Belastungsgrenze. Wer wenig Einkommen hat, zahlt einen überdurchschnittlich hohen Anteil davon für die eigene Wohnung. Besonders betroffen sind Haushalte unterhalb der Armutsgrenze, mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden oder RentnerInnen.

Das belegte im letzten Jahr eine Studie der Humboldt-Universität Berlin: Insgesamt zahlen in deutschen Großstädten 40 Prozent der Haushalte (ca. 8,6 Millionen Menschen) mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die eigene Wohnung. 30 Prozent ist die kritische Marke, ab der Vermieter auf Dauer von Zahlungsunfähigkeit

ausgehen. Wie sich gezeigt hat, haben ärmere Haushalte pro Kopf zudem weniger Wohnfläche zur Verfügung und leben in schlechter ausgestatteten Wohnungen.

Etwa 1,3 Millionen Haushalte haben nach der Mietzahlung ein Resteinkommen unterhalb der Grundsicherung. Die Tendenz bei den Mieten ist dabei steigend – in Bestandswohnungen in Großstädten teilweise über 9 Prozent!

Eine Klassenfrage

Wohnen ist ein gesellschaftliches Bedürfnis. Der Zugang zu Wohnraum ist jedoch eine Machtfrage. Der ArbeiterInnenklasse ist dieser Zugang im Kapitalismus erst einmal verwehrt.

Um wohnen zu können, müssen sie in aller Regel einen Mietvertrag eingehen und monatlich einen Teil ihres Arbeitslohns an den jeweiligen Eigentümer abführen. Das betrifft heute drei Viertel aller Großstadthaushalte.

Zwar gibt es heute auch noch viele Mietwohnungen, die Privatleuten gehören. Mit dem anhaltenden Immobilienboom geht die Tendenz aber zur Konzentration von Wohneigentum bei großen Unternehmen.

Die Marktführer sind „Vonovia“ und die „Deutsche Wohnen“. Um ihre Gewinne zu steigern, arbeiten diese Unternehmen mit harten Bandagen – nicht zuletzt mit satten Mieterhöhungen.



Ein leidiges Thema sind dabei die Sanierungen: Aus der Sicht der MieterInnen stellt es sich so dar, dass Häuser entweder verfallen, weil die Eigentümer kein Geld hineinstecken. Oder sie werden gerade mit dem Ziel modernisiert, die Mieten in die Höhe zu treiben. Das gesellschaftliche Bedürfnis wird durch das kapitalistische Geschäft mit dem Wohnen so ins Absurde umgekehrt.

Und die Politik?

Ob durch Privatisierungen von Wohnraum, Subventionen oder Mietrechtsverschärfungen: Der Staat hilft Grundeigentümern auf vielfältige Art, sich den Arbeitslohn derjenigen anzueignen, die ohnehin nichts besitzen. Am Ende ist er es, der im Auftrag der Eigentümer mit Gerichten und Polizei zwangsvollstreckt, wenn ArbeiterInnen ihre Mieten nicht mehr bezahlen können.

Die Macht der ArbeiterInnenklasse

Der Einzelne Mensch, der keinen Wohnraum besitzt, sieht sich im Kapitalismus der Macht der Eigentümer gegenüber. Drückt er seine Miete nicht ab, bekommt er die Kündigung. Zieht er nicht aus, folgt früher oder später die Zwangsräumung. Er ist machtlos.

Gesellschaftlich betrachtet stellt sich die Lage jedoch anders dar: Immerhin sind es Millionen ArbeiterInnen und ihre Familien, welche in den Häusern und Wohnungen leben. Es sind ihre Wohnungen, ihre Nachbarschaften, ihre Stadtviertel, in denen sie zu Hause sind, soziale Kontakte haben, usw.

Die Grundeigentümer hingegen verfügen nur über Eigentumstitel. Sie verweisen auf diese Eigentumstitel, um sich den Lohn von Millionen ArbeiterInnen anzueignen.

Ihre Macht über den Wohnraum können sie letztlich jedoch nur über die Gewalt des Staates gegen die BewohnerInnen durchsetzen.

Brechen die ArbeiterInnen aus ihrer Vereinzelung aus und begreifen sie ihre Macht als BewohnerInnen, können sie dieser Gewalt jedoch etwas entgegensetzen und ihre Wohnungen und Viertel verteidigen.

In den letzten Jahren hat es in Berlin und anderen deutschen Städten einen breiten und lauten Widerstand gegen Verdrängung und Zwangsräumungen gegeben. Auch aus anderen Ländern erreichen uns Berichte über Kämpfe von StadtbewohnerInnen, z.B. über MieterInnen aus Warschau, die sich gegen hohe Heizkosten organisiert haben.

Wohnen ist ein gesellschaftliches Bedürfnis, der Zugang zu Wohnraum eine Machtfrage. Anstatt sich von Unternehmern und Grundeigentümern durch niedrige Löhne und hohe Mieten die Luft abschnüren zu lassen, hat die ArbeiterInnenklasse die Option, selbst Macht auszuüben und sich ihr Recht auf Wohnen zu nehmen. Die Ansätze von Kämpfen in verschiedenen Städten und Ländern gehen in diese Richtung.

Kontakt zur MieterInnenbewegung gibt es u.a. hier: www.soli-net.de



Protestaktion gegen Zwangsräumung



„PflegerInnen und PatientInnen müssen zusammen kämpfen“

– Interview mit Daniel Strunk, Pfleger in einer Universitätsklinik –

Das die Situation in der Pflege katastrophal ist, ist allgemein bekannt. Wie wirkt sich die Pflegemisere auf deine Arbeit aus?

Zuerst möchte ich einmal kurz meinen Beruf vorstellen, damit das Ausmaß des Problems erkannt wird. Viele der PatientInnen die wir versorgen sind schwer krank oder es besteht die Gefahr, dass sie schwer krank werden. Meine Aufgaben drehen sich darum, den PatientInnen ihre Medikation zu verabreichen, sie zu versorgen, essen an zureichen und zu dokumentieren was wir mit den PatientInnen gemacht haben. Ich helfe den ÄrztInnen bei bestimmten Tätigkeiten, führe Gespräche mit Angehörigen und bin sofort zur Stelle wenn es einem Patienten schlecht geht. Ich kann nicht alles aufzählen, aber es kommt einiges zusammen. Seit Jahren klagen wir über

die schlechten Bedingungen der Pflege, das wir schlecht bezahlt werden, wir überarbeitet sind. Das ist alles richtig.

Wieso hast du den Beruf gewählt? Und denkst du das er angemessen entlohnt und anerkannt wird?

Diese Frage wurde mir schon sehr häufig gestellt und eigentlich ist es einfach – mir macht es Spaß. Die kleinen Fortschritte der Genesung zu sehen, das lächelnde Gesicht einer Patientin die seit Wochen endlich mal wieder geduscht hat. Oder wenn ich mit einem Patienten aufstehe der seit Monaten ans Bett gefesselt war. Natürlich gibt es auch weniger gute Sachen, aber das ist überall so. Die schlechte Bezahlung und die chronische Unterbesetzung ist etwas das jeden Tag an uns nagt. Wir sind fast jeden Tag unterbesetzt auf Station,

wir springen für fehlende Kolleginnen und Kollegen ein. Wir arbeiten bis 21:30 Uhr und sind am nächsten Tag wieder um 6:30 Uhr auf der Arbeit. Wir arbeiten 12 oder mehr Tage am Stück und haben manchmal nur einen Tag frei. Nein, angemessen entlohnt wird man nicht. Es würde aber helfen, wenn es mehr Pflegekräfte gäbe. Da hilft auch nicht die Anerkennung der Angehörigen, wenn sie einem versichern man wüsste ja, dass es schwer sei und man habe großen Respekt davor.

Wie wirken sich die Bedingungen auf die PatientInnen aus?

Es wird versucht die PatientInnen so wenig wie möglich davon spüren zu lassen. Aber dennoch kommt es dazu, dass PatientInnen lange in ihren Ausscheidungen liegen, weil wir keine Zeit finden sie zu lagern oder zu waschen.